



Personalrat

Magdeburg oder Halle?

Sein oder Nichtsein?

Verraten oder Verkauft?

20. April 2013

Was kann sich unser Bundesland noch leisten? Mit dieser Frage quält unser Finanzminister derzeit jeden seiner Gesprächspartner. In dieser Beziehung ist er konsequent und bemerkenswert ausdauernd.

In seinem im Juni 2009 heiß diskutierten Strategiepapier zur Finanzpolitik in Sachsen-Anhalt vertrat er hinsichtlich der Entwicklung der Universitätsklinika ganz offen die Auffassung, dass sich Sachsen-Anhalt ein Beispiel an Hessen nehmen sollte und man prüfen muss, ob nicht durch geeignete Verträge private Investoren verpflichtet werden können, sowohl Forschungsmittel für die medizinischen Fakultäten, als auch die Investitionskosten für die Universitätskliniken zu übernehmen um den Landeshaushalt zu entlasten. Die folgende Diskussion löste damals einen handfesten Koalitionskrach und einen öffentlichen Schlagabtausch innerhalb der Landes-SPD aus. Am Ende stand die SPD zu ihrer Aussage im Koalitionsvertrag: keine Privatisierung der Uniklinika.

Infolge der selbst auferlegten Schuldenbremse und der daraus in den kommenden Jahren resultierenden Mindereinnahmen des Landes facht der Finanzminister die alte Diskussion um die Finanzierung der Hochschulmedizin nun erneut an. Zwischenzeitlich schien das Thema Privatisierung der Uniklinika vom Tisch zu sein. Die desaströsen Erfahrungen aus Gießen-Marburg hatten selbst in Teilen der Landesregierung Zweifel aufkommen lassen, ob der 2009 von Finanzminister Bullerjahn noch als Mittel der Wahl gepriesene Hessische Weg wirklich eine Chance und für Sachsen-Anhalt am Ende tatsächlich preiswerter ist.

Die Rhön-Klinikum AG überzieht das Land Hessen mittlerweile mit erheblichen finanziellen Forderungen für die Beteiligung an den Investitionskosten - von der vollständigen Finanzierung der studentischen Lehre und der Forschung einmal abgesehen. Darüber hinaus ist die Fluktuation der Beschäftigten an keinem deutschen Universitätsklinikum größer, als in Gießen-Marburg.

Bei einem Symposium zum Thema Entwicklung der Hochschulmedizin in Sachsen-Anhalt gab im Dezember letzten Jahres dann auch ein hochrangiger Vertreter einer führenden deutschen Klinikette ganz unumwunden zu, dass sein Unternehmen kein Interesse an Forschung und Forschungsfinanzierung hat. Ebenso würden notwendige Investitionskosten nicht allein durch private Investoren getragen werden, denn eine Übernahme der Betriebsführung erfolge nur, wenn sie profitabel (!) erscheint. - Unsere Landesregierung musste insofern zur Kenntnis nehmen, dass kein „Weißer Ritter“ erscheint, der nur aus Liebe zum Land (bzw. seiner Regierung) in die Bresche springt.

Aufmerksam beobachten wir seit Wochen das stetige Wiederholen der Formel: „wir wollen keine vollständige Privatisierung der Universitätsmedizin“ durch verschiedene Vertreter unserer Regierungsparteien und von Mitgliedern der Landesregierung.

Angesichts der kompromisslosen Entlassung der ehemaligen Wissenschaftsministerin Frau Prof. Wolff scheinen die Herren Bullerjahn und Haseloff nur einen Weg zu kennen: „Augen zu und durch.“ Unser neuer Wissenschafts- und Wirtschaftsminister Hartmut Möllring bringt entsprechende Erfahrungen ebenfalls mit ins Amt - seine Ernennung ist kein Zufall.

Deshalb Tacheles meine Herren: Wollen Sie - wenn Sie schon keinen Privatinvestor für die gesamte Universitätsmedizin finden - weil man mit Forschung und Lehre keinen Profit machen kann, die beiden eigentlichen Unikliniken (die ja ohnehin schon nicht mehr zum unmittelbaren Landesdienst gehören) an den Meistbietenden verkaufen, um mit den Einnahmen die medizinischen Fakultäten zu finanzieren? - Dann seien Sie endlich ehrlich!

Noch in der Amtszeit von Frau Ministerin Wolff wurden zwei andere Varianten ins Spiel gebracht: die Schließung einer der beiden Fakultäten oder ein „Zusammenschrupfen“ der Fakultäten von Halle und Magdeburg. Nach Vorstellung der Landesregierung soll dies mit einer Halbierung der Studentenzahlen einhergehen. Derzeit verlassen beide Uniklinika in Sachsen-Anhalt jährlich ca. 400 Absolventen. Nicht einmal die Hälfte von ihnen bleibt hier. Andererseits werden zur Aufrechterhaltung der ärztlichen Versorgung im Land (mit einer zunehmend älteren Bevölkerung) jährlich ca. 180 neue Ärztinnen und Ärzte gebraucht. Eine ausreichende ärztliche Versorgung der Bevölkerung ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, die das Land sicherstellen muss. Wie will es dieser verfassungsrechtlichen Verpflichtung nachkommen, wenn es zeitgleich die Zahl der Medizinstudenten halbiert? Mit einer verpflichtenden Studienlenkung wie im DDR-Sozialismus? – Dann muss diese Landesregierung zuvor aber noch das Grundgesetz und zahlreiche andere Bundesgesetze ändern, die die Berufsfreiheit und die Freiheit zum Aufenthaltsrecht regeln. Das dürfte auf Grund fehlender Zuständigkeit etwas dauern.

Ein rein formaler Zusammenschluss beider Medizinischen Fakultäten in Halle und Magdeburg bringt kaum tatsächliche finanzielle Einspareffekte. Das belegen die Erfahrungen aus Schleswig-Holstein. Und daran, dass Studenten dann zwischen Halle und Magdeburg pendeln, um zu ihren Vorlesungen und Seminaren zu kommen, weil bestimmte Institute und Kliniken nur noch einmal im Land vorhanden sind, glaubt wohl niemand ernsthaft.


Vor diesem Hintergrund müssen wir die derzeitige Diskussion um die Hochschulmedizin sehr, sehr ernst nehmen – egal ob wir Mitarbeiter des Uniklinikums (der A.ö.R.) oder der Medizinischen Fakultät sind. Der Zug fährt nicht an uns vorbei – er rast auf uns zu! Die mittelalterliche Methode der Folter – durch finanzielle Daumenschrauben – ist die Antwort der Politik auf die vor den Universitätskliniken stehenden Probleme. Das lässt sich kaum als innovativ bezeichnen. Die Landesregierung schürt gezielt existenzielle Ängste in den Unikliniken in der Hoffnung, dass diese sich selbst weiter geißeln und somit Einsparpotentiale freierwerden. Doch die Grenzen der Einsparmöglichkeiten sind erreicht. Beide Häuser leben bereits von ihren Rücklagen. Die Finanzierung der Medizinischen Fakultäten durch das Land ist längst nicht mehr auskömmlich und konnte zuletzt nur noch durch Subventionen aus der A.ö.R. sichergestellt werden. Doch auch in diesem Topf ist der Grund schon sichtbar.

Das derzeitige Krankenhausfinanzierungssystem benachteiligt insbesondere die Universitätskliniken und führt zu einer „Industrialisierung“ der Krankenversorgung über gesteuerte und permanent zu optimierende Prozessabläufe, in denen leider nicht mehr der Patient im Mittelpunkt steht, sondern das Betriebsergebnis. Die notwendige zeitliche Zuwendung der Ärzte und Pflegekräfte gegenüber unseren Patienten genügt unserem eigenen Anspruch bereits jetzt nur noch selten. Dies führt zu erheblichen Risiken für die Patienten und zu massiven körperlichen und seelischen Belastungen für die Beschäftigten. Die rund 1.200 Überlastungsanzeigen, die den Personalrat seit dem August letzten Jahres erreichten, sind vielfach an Dramatik kaum noch zu überbieten.

Unsere Landesregierung will diese Rahmenbedingungen offensichtlich noch weiter verschärfen, weil sie sich dem Diktat eines Finanzhaushalts gegenüber mehr verpflichtet fühlt, als der Gesundheit der Patienten und Beschäftigten in den Universitätskliniken!

In der Klausurtagung am 30. und 31. Mai 2013 will die Landesregierung den Landeshaushalt verabschieden. In dieser Sitzung geht es nur ums Geld. Das ist so schön unpersönlich und rational. Da fällt das Handaufheben leicht – es fehlen die Bilder im Kopf, die dieses Handaufheben zur Folge hat.

Es wird Zeit, dass WIR gemeinsam die uns Regierenden mal „ordentlich auf den Pott setzen“.


Markus Schulze
(Vorsitzender)